

## ÜBERSCHULDUNG

# Rettungsanker

Foto: Hilde Leubner



**Es kann jedem passieren. Auch in Luxemburg häufen sich die Fälle von Überschuldung. Ein Gesetz soll den Betroffenen die Möglichkeit geben, ihre Lage wieder in den Griff zu bekommen.**

"Geld macht nicht glücklich, es beruhigt nur die Nerven", heißt es im Lied. Wenn Geldmangel die Nerven belastet, nehmen viele Menschen einen Kredit auf, kaufen ein Haus, ein Auto, eine Stereoanlage oder Kleider für die Kinder. Verschlechtert sich ihre materielle Situation, so können sie ihre Monatsraten nicht mehr zurückzahlen. Um einer Gehaltspfändung zu entgehen, muss ein neuer Kredit herbei. Den gewährt meist nur noch eines der berüchtigten belgischen Kreditunternehmen.

Kurzfristig ist damit für die SchuldnerInnen das Problem gelöst, doch mittelfristig hat es sich verschlimmert. Ein dritter Kredit wird aufgenommen um die Raten des zweiten zurückzahlen, und so weiter. Irgendwann reicht es nicht mehr, die "DiirwiechterInnen" schreiten ein und versteigern Hab und Gut. Oft genügt auch das nur, um die Rechnung der GerichtsvollzieherInnen zu bezahlen. Die SchuldnerInnen bleiben ruiniert und besitzlos zurück - mit einem Schuldenberg, den sie nie wieder abarbeiten können. Das soll nun anders werden, dank dem neuen Überschuldungsgesetz,

das letzte Woche im Parlament verabschiedet wurde.

Schon 1991 griff die ONG Inter-Actions das Thema auf und richtete die erste Schuldenberatungsstelle ein. 1996 wurde die Selbsthilfegruppe "Débiteurs en détresse" gegründet. 1998 depointierte die Regierung ihren "Projet de Loi" zur Überschuldung. "Die erste Fassung war sehr problematisch", so Jan Nottrot von Inter-Actions, "doch es wurde manches verbessert." Unter anderem wurde der Ablauf der Entschuldungsprozedur vereinfacht und die Fristen verlängert.

Die ursprüngliche Formulierung "débitéur malheureux de bonne foi" schloss unvorsichtige SchuldnerInnen und Personen, die im Leben schlecht zu recht kommen, aus. Auf Drängen der Arbeiterkammer ist jetzt nur noch "le débiteur qui aurait organisé son insolvabilité" ausgeschlossen. Die Banken setzten via Handelskammer ihre Interessen durch: Der Artikel, der vorsah, dass die Banken in den Umschuldungsfonds einzahlen müssten, wurde kurzerhand gestrichen.

## Umschuldung

Unterm Strich positiv ist, dass SchuldnerInnen den GläubigerInnen und GerichtsvollzieherInnen nicht mehr wehrlos ausgeliefert sind. Sobald ein Antrag vorliegt, werden alle Prozeduren zur Schuldeneintreibung suspendiert. Statt dass ein Kredit durch den nächsten ersetzt wird, erfolgt die Rückzahlung im Rahmen eines Gesamtplanes, der die Bedürfnisse und Möglichkeiten der SchuldnerInnen berücksichtigt. Dabei wird zuerst versucht, sich vor einer Mediations-Kommission gütlich zu einigen. Gelingt das nicht, so setzt das Friedensgericht einen Entschuldungsplan fest. Zum Beispiel kann die Laufdauer verlängert und der Zinssatz gesenkt werden.

Aus dem erwähnten staatlichen Umschuldungsfonds kön-

nen Unterstützungskredite bis zu 400.000 LUF gewährt werden. Diese können zinsfrei sein und sogar in eine Finanzhilfe umgewandelt werden. Außerdem ist die Möglichkeit vorgesehen, nach sieben Jahren die Restschuld zu tilgen. Dies gilt allerdings nicht für Bankkredite.

Hier sieht Jan Nottrot die größten Probleme: "In vielen Fällen wird der Unterstützungskredit nicht reichen. Der Schuldner wird sieben Jahre nahe am Existenzminimum leben müssen und am Ende noch immer nicht weiter sein." Auch Personen, die es nicht mehr schaffen, über das RMG hinauszukommen, fallen eigentlich nicht unter das neue Gesetz, denn sie können kaum etwas zurückzahlen.

Auch in puncto Ursachenbekämpfung sieht das Gesetz nichts vor. "Es reicht aber nicht, die Charakterschwäche anzuprangern oder die Kreditwerbung zu verbieten", findet Jan Nottrot. Wirksamer wäre es, die Kreditinstitute in die Verantwortung zu nehmen, wenn sie leichtfertig Kredite vergeben. "Une diminution du nombre des crédits à la consommation affectera le pouvoir d'achat et entraînera une réduction de la consommation des ménages, (...) pourrait pour le surplus affecter le commerce luxembourgeois", heißt es seitens der Handelskammer. Wer an der Überschuldung rührt, stellt eigentlich die ganze Konsumkultur in Frage.

## Selbstverschuldet?

Die IAF wird ihre Beratung im Rahmen des neuen Gesetzes fortsetzen und dabei Entschuldungspläne für die Mediations-Kommission ausarbeiten. Vorgehen ist, dass die Regierung binnen fünf Jahren eine Auswertung der praktischen Erfahrungen erstellen lässt. So ist es dem Ermessen der FriedensrichterInnen überlassen, wie streng sie mit KreditgeberInnen verfahren, die Wucherzinsen verlangen oder leichtsinnig Darlehen vergeben. Unklar ist auch, was ein "menschwürdiges Leben" bedeutet, welches laut Gesetz den SchuldnerInnen ermöglicht werden muss. Wird hier das RMG-Niveau als Maßstab gesetzt oder müssen SchuldnerInnen mit noch weniger auskommen? Überhaupt ist die Pfändungspraxis in Luxemburg noch immer mittelalterlich: Eine Kuh darf man behalten, und seit 1997 auch den Herd, aber andere elementare Gebrauchsgegenstände wie ein Radio können von GerichtsvollzieherInnen rücksichtslos verramscht werden.

Selbst schuld? Jan Nottrot widerspricht: "Wenn in unserem Wirtschaftssystem Verbraucher-kredite allgegenwärtig sind, dann ist es heuchlerisch, Überschuldete wie Aussätzige zu behandeln. Überschuldung ist wie ein Autounfall: Es kann jedem passieren, und wir müssen jedem eine Chance zu einem Neuanfang geben."

Raymond Klein

## Fonds de pension "à la carte"

Tous les projets de loi ne sont pas égaux. Alors qu'une loi sur le surendettement a mis presque dix ans pour aboutir, d'autres aspects des affaires bancaires sont traités plus vite. Ainsi un projet de loi est déjà en route pour modifier la loi du 8 juin 1999 créant les fonds de pension. Un des changements concerne la suppression de l'obligation d'inclure le règlement, c'est à dire de publier au Mémorial le montant des prestations, de quoi faire des jaloux.

Cela n'empêche pas les premiers fonds de pension à faire leur apparition ces jours-ci. La Commission de Surveillance du Secteur Financier informe que le 16 octobre le deuxième fonds selon cette loi a été créé à l'initiative d'Alliance Insurance PSC, Dubai, société d'assurances aux Emirats Arabes Unis, de Barnett Waddingham s.a. et de la BGL.

Dans le numéro de juin d'Agefi, les multinationales sont repérées comme premiers clients potentiels, susceptibles d'être attirées par le cadre juridique flexible luxembourgeois. Les auteurs se montrent optimistes: "Pour dessiner ces solutions innovantes en tirant le meilleur parti des législations européennes et en combinant éventuellement des produits de type assurance et des fonds de pension purs, la place peut s'appuyer sur un savoir-faire reconnu en ingénierie financière."

## Astrid Lulling fait du tabac à Bruxelles

Décidément, notre compatriote et eurodéputée Astrid Lulling sait se faire des ami-e-s. Cette fois, c'est l'industrie du tabac, forte des 60.000 emplois qu'elle représente au niveau de l'Union européenne, qui peut être satisfaite. Lors d'une réunion avec le "Syndicat Européen des Travailleurs de l'Alimentation, de l'Hôtellerie et des Branches connexes" (SETA-UITA) elle s'est plaint de certains de ses collègues eurodéputés qui "aveuglés par des lobbies anti-tabac très agressifs, méconnaissent les conséquences" de leur vote en faveur d'une proposition de directive qui voudrait limiter l'exportation de cigarettes en dehors de la communauté européenne aux cigarettes qui comportent moins de dix milligrammes de goudron. Cette interdiction frapperait uniquement l'industrie européenne. Du coup l'emploi dans la branche serait mis en danger.

Dans son communiqué à la presse luxembourgeoise, la députée oublie cependant de mentionner que le Parlement européen, conscient des problèmes sociaux, a prévu des mesures compensatoires et surtout des alternatives à la production du tabac. Malheureusement, la Commission Européenne tarde à mettre en oeuvre ces politiques et laisse même intouchées des lignes budgétaires entières prévues à cet effet.

## Frühstücks-Ei jetzt Gentech-frei!

Ein "Chicken-Run" besonderer Art findet am heutigen Freitag und am Samstag in den Supermärkten Cactus "Belle Etoile", Match "City Concorde" und Auchan "Kirchberg" statt: Als Hühner verkleidete Greenpeace-AktivistInnen informieren die VerbraucherInnen zu gentechnischen Bestandteilen in Lebensmitteln, die über den Umweg von genmanipulierten Futtermitteln in unser Essen gelangen. Dass es auch anders geht, beweist einer der größten Eierproduzenten des Landes, die "Domaine du Château de Bettange/Mess": In Zusammenarbeit mit der "Moulin de Kleinbettingen" hat dieser Produzent während der vergangenen Monate die Futtermittellieferungen umstellen können und verwendet nun gentechnik-freie Futtermittel.

Greenpeace fordert alle Eierproduzenten des Landes auf, sich diesem positiven Beispiel anzuschließen. Das Gefahrenpotential von gentechnisch veränderten Futtermitteln sei weitgehend unerforscht. Die Verbraucher hätten ein Recht auf gentechnik-freie Tierprodukte.

